

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/201

18. Oktober 1972

Ludwig Erhard lebt vom Vergessen

Rauhe Fakten gegen Anzeigenträume eines
alten Mannes

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Der Hahn in der Sackgasse

700 Schulhäuser in Eaden-Württemberg unge-
nutzt

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Wahlspekulation mit den Frauenlöhnen

Die Unternehmerverbände hoffen auf die CDU

Seite 5 / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Verständigung und Versöhnung

Seite 6 und 7 / 83 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 247-824
Telefon: 22 89 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847/
886 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Ludwig Erhard lebt vom Vergessen

Rauhe Fakten gegen Anzeigenträume eines alten Mannes

Es gehört zu den Unergründlichkeiten menschlicher Charaktere, ohne Not die Hand zu schütteln, die geschlagen hat. Ludwig Erhard tut das. Er lobt Rainer Barzel. Über den grünen Klee auf den Kanzlerstuhl. Dabei geht er hausieren: mit Unwahrheiten, Halbwahrheiten, Übersehenem und Vergessenem. Der 1966 auf's Altenteil Geschickte ließ sich mobilisieren. Ein Vergleich mit Brechts Legende vom toten Soldaten drängt sich auf.

Woher er aber den Mut für die Behauptung nimmt, er und die CDU hätten immerhin 12 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, ist schleierhaft. Ohne Zweifel: 1950 gab es 20,3 Millionen Erwerbstätige, heute sind es gut 27 Millionen. Aber das ist eine Differenz von sieben, nicht von 12 Millionen. Barzels Barde vergißt wohlweislich zu erwähnen, daß die von ihm verantwortete Wirtschaftspolitik in der gleichen Zeit dazu führte, daß über eine halbe Million Selbständiger ihre Existenz verloren. In engem Zusammenhang büßten mehr als 1,5 Millionen mithelfende Familienangehörige ihre Erwerbsmöglichkeit ein.

Ludwig Erhard geht mit dem Hinweis hausieren, "Unions"-Regierungen hätten in 20 Jahren eine jahresdurchschnittliche Teuerungsrate von 1,9 vH. zugelassen. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften und der Bundesrepublik weisen für den Zeitraum 1950 bis 1970 eine jahresdurchschnittliche Veränderung der Verbraucherpreise von 2,3 vH. aus. Und Erhard, der sich gern als "Vater der sozialen Marktwirtschaft" feiern läßt, mag vielleicht wirklich vergessen haben, daß unter seiner Führung der Wirtschaftspolitik bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt mit der Beschäftigungslage Konjunkturpolitik gemacht wurde.

Oder hat Erhard es verdrängt, daß 1950 eine Arbeitslosenquote von 8,2 vH. herrschte? Ein Jahr später, als fast 114.000

kurzarbeiten mußten, mehr als 1,2 Millionen - fast jeder zehnte abhängig Beschäftigte! - arbeitslos waren, konnte der Wirtschaftsminister Erhard den bis heute noch unerreichten Preisanstieg der Lebenshaltungskosten um 7,7 vH. verzeichnen.

Daß dieser Staat eine handlungsfähige Regierung braucht, ist unbestritten. Nur ist eben sehr die Frage, ob das Programm der Barzel-"Mannschaft" tatsächlich auf Stabilität zielt. Oder hat Ludwig Erhard übersehen, daß am Wiesbadener CDU-Parteitag zwar Barzel und Narjes lautstark von Stabilität und Budgetkürzungen redeten, daß anschließend aber ungestraft und bis heute nicht zurückgepfiffen der potentielle Agrarminister Beverung ebenso wie sein Schatten-Verkehrskollege Müller-Hermann, der Lauritzen-Antipode Erpenbeck und auch der in Aussicht genommene Wissenschaftsminister unisono mehr Geld für die Realisierung ihrer Forderungen beanspruchten?!

So sieht Barzels Programm der Stabilität tatsächlich aus. Ludwig Erhard wäre besser beraten, wenn er seinen Parteifreunden sagen würde, daß so nicht mehr Stabilität zu erreichen ist. Aber vielleicht will der Ehrenvorsitzende der Union das gar nicht. Als Nationalökonom muß er die Gefahr erkannt haben, die für Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung in jenen Forderungen schlummern, die Barzels "Mannschaft" vorgebracht hat. Vielleicht erinnerte sich Erhard an die Rolle, die Barzel 1966 spielte. Vielleicht suggeriert er ihm deshalb, so weiterzumachen wie bisher. Dann nämlich kann er sicher sein, daß die Tatsachenentwicklung den Rainer Barzel vom politischen Fenster fortspült. Vielleicht will Ludwig Erhard seine Rache an Rainer Barzel kalt genießen.

Theodor Tremmes
(~/ex/18.10.1972/bgy)

+ + +

Der Hahn in der Sackgasse -----

700 Schulhäuser in Baden-Württemberg ungenutzt

Walter Krause, Oppositionsführer im Landtag von Baden-Württemberg, hatte nach der parlamentarischen Sommerpause in Stuttgart von einem "Dämmer Schlaf" gesprochen, in den die Landesregierung seit der absoluten Mehrheit der CDU verfallen sei. Die CDU gab sich schmerzlich berührt. Auch ihr Kultusminister Prof. L. Dr. Wilhelm Hahn wehrte sich vor der Presse: "Wir schlafen nicht, wir sind sogar sehr aktiv!"

Gerade mangelnde Aktivität aber war es, die den Kultusminister vor kurzem wieder in die Schußlinie gebracht hat. Und es war ausgerechnet der Rechnungshof, der mit seiner Denkschrift zur Landeshaushaltsrechnung für 1970 schweres Geschütz aufführte. Kurz zusammengefaßter Sachverhalt: Rund 700 Volksschulen in Südwestdeutschland liegen zwischen Tauber und Bodensee brach, weil die Schulhausplanung nicht mit der Schulentwicklung koordiniert werden konnte. Dazu rügte der Rechnungshof genau das, was vor allem von sozialdemokratischer Seite in den vergangenen Jahren immer wieder bemängelt worden war, die Tatsache nämlich, daß Hahns Ministerium keine exakten Unterlagen zustandegebracht hat.

In der Mängelrüge des Rechnungshofes stehen unter anderem folgende Kernsätze: "In den Jahren 1965 bis 1971 ist an nahezu 700 Volksschulen des Landes der Unterrichtsbetrieb eingestellt worden. Der Rechnungshof muß 'nahezu' sagen, denn gesammelte und übersichtliche Unterlagen, aus denen sich exakte Zahlen entnehmen ließen, hat er anlässlich seiner Prüfung bei keinem Oberschulamt vorgefunden."

Immerhin, der Rechnungshof ermittelte selbst, daß nur weni-

ge der überflüssig gewordenen Schulhäuser ganz oder teilweise anderweitig genützt werden. Die meisten stehen leer. Dabei handelt es sich zu einem beachtlichen Teil um neuwertige Bauten, zum größeren Teil um solche, die mit erheblichen öffentlichen Investitionen modernisiert worden waren. Ferner recherchierten die Landesrechner: "Außer den insgesamt 700 stillliegenden Schulen, von denen ein knappes Viertel aus neuester Zeit stammt, gibt es ferner zahlreiche neue Schulhäuser, die nur noch teilweise schulischen Zwecken dienen." Unüberschbar der Rüffel, den der Rechnungshof am Ende dem Kultusministerium verabreicht: Man halte es für ein dringendes Gebot, "daß sich das Kultusministerium nunmehr ganz präzise Zahlen über den nicht mehr benötigten Schulraum baldigst verschafft".

Minister Hahn, solchermaßen aufgescheucht, lud zum 17. Oktober die Landespresse ein. Thema: die aufgehobenen und stillgelegten allgemeinbildenden Schulen. Den in großer Zahl erschienenen Journalisten wurde dann freilich keine in dieser Frage weiterbildende Information zuteil. Der Kultusminister mußte bekennen, dass er noch nichts sagen durfte. Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger hatte ihn zurückgepiffen. Die Sache war so heikel geworden, daß sie erst nochmal in den Schoß des christdemokratischen Kabinetts mußte.

Hätte Prof. Hahn den wohlmeinenden Rat von Landtagsabgeordneten der SPD und der FDP befolgt, so wären ihm wohl der Rechnungs-Rüffel und die jetzige peinliche Situation erspart geblieben. Vor zweieinhalb und anderthalb Jahren nämlich hatten sie sich schon mit parlamentarischen Anfragen nach den leerstehenden Schulhäusern erkundigt und eine detaillierte Darstellung verlangt. Hahn aber hatte zweimal lakonisch erklärt, daß die gewünschte Aufstellung wenig aussagekräftig wäre: "Sie würde zudem einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordern."

(-/ex/18.10.1972/bgy)

Wahlspekulation mit den Frauenlöhnen

Die Unternehmerverbände hoffen auf die CDU

Kürzlich kamen im Bundesarbeitsministerium führende Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zusammen, um das Thema Frauenlöhne zu besprechen. Zwischen den Tarifvertragsparteien ist nämlich umstritten, ob die sog. Leichtlohngruppen eine Diskriminierung der Frauen darstellen und ob diese Gruppen damit dem Grundsatz der sozialen Gleichberechtigung widersprechen, wie er in der Verfassung und in den von der Bundesrepublik übernommenen internationalen Verpflichtungen begründet ist.

Um den Sachverhalt zu klären und die tatsächliche Lage zu ergründen, soll eine umfassende Untersuchung der Frauenlöhne im Sinne einer Bestandsaufnahme mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien eingeleitet werden. Seit über einem Jahr sind auf Initiative des Bundesarbeitsministeriums dafür Voruntersuchungen eingeleitet und vorbereitende Gespräche geführt worden. Sie haben zu einem Katalog von Annahmen und Merkmalen geführt, der seinerseits die Grundlage für die Hauptuntersuchung sein soll.

Die Arbeitgeber versuchen, sich dieser Bestandsaufnahme zu entziehen. In der kürzlichen Besprechung im Arbeitsministerium sagten sie zunächst "nein" zu diesem Projekt, während die Gewerkschaften ihr dringendes Interesse an der Bestandsaufnahme bekundeten. Als der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Helmut Rohde, daraufhin gegenüber den Arbeitgebern unmißverständlich erklärte, daß dann von seinem Hause diese unabwiesbare Untersuchung über die Frauenlöhne auf anderem Wege durchgeführt werden würde, sagten die Arbeitgeber, daß sie den ganzen Komplex "noch einmal prüfen wollten". Nach sechs Wochen wollten sie ihre Stellungnahme - ob sie nun der Hauptuntersuchung zustimmten oder nicht - dem Bundesarbeitsministerium mitteilen.

Das heißt auf deutsch: Die Arbeitgeber wollen erst nach den Bundestagswahlen zur Sache Stellung nehmen. Die Annahme ist nicht unbegründet, daß sie offensichtlich darauf spekulieren, die CDU/CSU werde in das Arbeitsministerium einziehen und sie würden in dieser Beziehung eine andere Lage vorfinden.

Eines ist sicher: Der Gedanke der sozialen Gleichberechtigung der Frau wird in diesem Staate nur dann eine politische Chance haben, wenn die fortschrittlichen Kräfte Einfluß auf die Entwicklung der Politik besitzen. Das hat sich im Parlament gezeigt, als es um das Babyjahr und damit um die soziale Alterssicherung der Frau ging, und das bewies sich auch in der Sitzung des Arbeitsministeriums, als die Frage "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" behandelt wurde.

(-/ex/18.10.1972/rs)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Verständigung und Versöhnung

Durch das "technische Versehen" eines Beamten der Berliner Militärmission der Volksrepublik Polen wurde die Einreise des Essener Ruhrbischofs Dr. Franz Hengsbach nach Polen verhindert, wo er auf Einladung der polnischen Bischöfe an der Jahresfeier der Seligsprechung des polnischen Franziskanerpaters Maximilian Kolbe teilnehmen sollte, der im Konzentrationslager Auschwitz ermordet worden war. Wir geben den Text der Hengsbach-Rede ihrer Bedeutung halber im vollen Wortlaut wieder.

"Liebe Mitbrüder im Bischofsamt, liebe Brüder und Schwestern in Christus und der Kirche !

Drei Gründe sind es, die mich heute an diesen Ort geführt haben, dessen Name in der ganzen Welt mit dem Begriff des Grauens und der Unmenschlichkeit verbunden ist.

1/ Ich bin gekommen, um die Stätte des Martyriums eines Mannes zu besuchen, der 1941 in diesem Konzentrationslager freiwillig sein Leben opferte, um einen seiner Landsleute vor dem sicheren Tode zu retten: Minoritenpater Maximilian Maria Kolbe. Durch sein Opfer hat dieser Mann gezeigt, wozu Freiheit in äußerster Unfreiheit fähig ist. Er hat gleichzeitig gezeigt, zu welchem Einsatz ein von der Totalität des Evangeliums ergriffener Priester bereit ist. Als Vertreter des deutschen Episkopates und der deutschen Katholiken verneige ich mich in Ehrfurcht vor diesem Mann und allen, die vor ihm und mit ihm und nach ihm diesen Weg des Martyriums beschritten haben.

2/ Ich bin gekommen, um zu dieser Stunde und an diesem Ort meine Verbundenheit mit dem polnischen Volk zu bekräftigen, das diesen Maximilian Kolbe hervorgebracht hat. Mit diesem polnischen Volk sind wir deutschen Katholiken durch den gemeinsamen Glauben verbunden. Dieser Glaube schlägt eine Brücke der Versöhnung zwischen beiden Völkern, wenngleich wir nicht verkennen können, daß materielle, gesellschaftliche und politische Realitäten vielfach sich schmerzliche Grenzen setzen. Wenn wir mehr voreinander